

Social-Demokrat.

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.

Organ des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Vereins.

Redaction und Expedition: Berlin, Dresdnerstraße Nr. 85.

Redigirt von J. B. v. Hoffstetten und J. B. v. Schweitzer.

Zweite Auflage.

Herr v. Bernuth hat die erste Auflage dieser Nummer confiscirt.

Zweite Auflage.

Bestellungen für das vierte Quartal werden fortwährend (auswärts auf den Postämtern) angenommen.

Vortrag

vor der allgemeinen Arbeiter-Versammlung in der Berliner „Alhambra“, am 8. October l. J.

(Mit einiger Ausföhlung nach stenograph. Aufzeichnung.)

Meine Herren!

Ein hartes Wort ist am vorigen Sonntag in diesen Räumen gefallen. „Wer dem Socialismus huldigt“ — so ungefähr behauptete Herr Schulze-Delitsch — „wer dem Socialismus huldigt, der gehört ins Narrenhaus.“

Da nun, m. H., meine Gesinnungsgenossen und ich allerdings der socialistischen Richtung angehören, trotzdem aber nicht gesonnen sind, für Tollhauslandjuden zu gelten, so gestatten Sie, daß ich vor Ihnen etwas näher auf die Sache eingehe.

Am besten wird es sein, wenn ich zunächst den Gedankengang, welcher dem Vortrag vom vorigen Sonntag zu Grunde lag, ganz kurz wiedergebe. Herr Schulze-Delitsch ging von dem großen Siege aus, welchen die Sache der freien Arbeit in Nord-Amerika errungen hat. Er zeigte, wie die Arbeit früher in den Banden des Sclaventhums und der Leibeigenschaft lag, und wie allmählig aus diesen Banden die Arbeit sich zur Freiheit herausgerungen; er wies darauf hin, daß diese Freiheit noch keine vollständige sei, indem dies erst nach Einführung der vollen Gewerbefreiheit der Fall sein werde, wonach Jeder das Recht hätte, unbeschränkt über seine Arbeitskräfte zu verfügen. Er knüpfte hieran den Hinweis, daß mit der volkswirtschaftlichen Freiheit der Arbeit auch die politische Freiheit des Arbeiters kommen müsse. Allein mit der politischen Freiheit, mit der allgemeinen Rechtsgleichheit sei auch die Sache erledigt. Eine sociale Gleichheit sei unmöglich, da die Natur selbst Unterschiede unter den Menschen gesetzt habe. Die Lage des Arbeiters nun, schon jetzt eine weit bessere wie früher, werde fortwährend mit der Entwicklung der Verhältnisse sich heben und insbesondere würden die Errungenschaften der Wissenschaft, vor allem die Vervollkommnung des Maschinenwesens, hierzu beitragen. Den Schluß des Ganzen bildete eine, nicht weiter hiehergehörige, politische Erörterung über die preussische Fortschrittspartei.

Meine Herren! Ich glaube, Sie Alle werden mir zugeben, daß es heute nicht meine Aufgabe sein kann, dem Schulze'schen Vortrage Schritt für Schritt zu folgen und jeden einzelnen Punkt desselben, den ich für unrichtig halte, zu widerlegen; dazu würde schon die Zeit nicht ausreichend sein. Was mir vielmehr obliegt, ist nur dies: die

Hauptpunkte, d. h. diejenigen, um welche sich die andern Punkte als nebensächliche gruppieren, herauszugreifen und sie mit Gründlichkeit und Gedanken-genauigkeit zu widerlegen.

Wenn ich den Vortrag des Herrn Schulze überblende, so fällt mir vor Allem Eines auf: daß nämlich immer nur von „freier“ Arbeit die Rede ist. Allerdings könnte man sagen, daß der Vortrag unter diesem Titel angekündigt gewesen sei. Allein, m. H., dann würde ich eben am Titel denselben Anstoß nehmen wie am Inhalt; denn Sie Alle fühlen wohl, daß es für die große Arbeiterfrage nicht nur darauf ankommt, ob die Arbeit frei, d. h. der Form nach frei sei — nur von dieser Freiheit der Form nach kann, wie ich später zeigen werde, hier die Rede sein! — sondern daß noch eine andere Seite hier in Betracht kommt. Was für alle jene großen Bewegungen, die wir in jüngster Zeit in Deutschland beobachtet haben, für alle jene Arbeitseinstellungen zum Zweck der Lohnerhöhung, Leipzig voran, bestimmend war — ist es denn wirklich nur die Frage gewesen, ob die Arbeit frei sein solle oder nicht; oder lag nicht vielmehr noch ein Anderes zu Grunde? In der That, m. H., es handelt sich nicht allein darum, ob die Arbeit „frei“, es trägt sich auch, ob sie einträglich ist.

M. H.! Wenn wir uns fragen, welches denn das vernunftgemäße, das in der natürlichen Gerechtigkeit begründete Recht der Arbeit bei der Hervorbringung neuer Werthgegenstände sei, so müssen wir sicher erkennen: daß naturgemäß der Arbeit der durch sie geschaffene Werth zu Gute kommen müsse. M. H., ich sage nicht: der neu entstandene Gegenstand; denn allerdings kann in diesem neu entstandenen Gegenstande ein Werth vorhanden war; ich sage nur: der durch eine bestimmte Arbeit neu entstandene Werth müßte demjenigen, der gearbeitet hat, zu Gute kommen. Nun wissen Sie aber Alle, daß dem durchaus nicht so ist: daß vielmehr der Arbeiter mit einem karglichen Lohn abgefunden wird, während die durch seine Thätigkeit entstehenden neuen Werthe einem Andern, dem Unternehmer der Arbeit, zufallen. — Woher dieser Sachverhalt?

M. H.! Es handelt sich hier um eine Untersuchung, welche für unsere gesammte weitere Betrachtung von entscheidender Bedeutung ist, und Sie werden es daher natürlich finden, daß ich gerade hier mit besonderer Genauigkeit zu Werke gehe.

(Fortsetzung folgt.)

Politischer Theil.

Berlin, 10. October.

Die Trias-Idee in ihrer ursprünglichen Gestalt lief darauf hinaus, daß unter deutsches Vaterland bleibend in drei Theile, Oesterreich, Preußen

und einen Verband der Mittel- und Klein-Staaten gespalten werden sollte.

Diese vaterlandsverräterische Idee mittelstaatlich-particularistischer Fürstentheile ist eine auf den ersten Blick schon so unhaltbare, kleinliche und gekünstelte, daß sie, in unverhüllter Nacktheit auftretend, die öffentliche Aufmerksamkeit auch nur einigermaßen auf sich zu ziehen niemals vermocht hat.

Allein diese selbe Trias-Idee, schamhafter geworden, tritt jetzt in verhüllendem Gewande auf. Es ist dies dasselbe Gewand, welches auch das Großpreussenthum lange Zeit umhing: man spricht nemlich davon, daß dieses Experiment nur ein Uebergangsstadium zur deutschen Einheit und Freiheit sein solle.

Ganz wie der Gothaismus! Denn bekanntlich predigte man zur Zeit der höchsten Begriffsverwirrung in Deutschland, zu jener Zeit nemlich, als in Berlin liberale Schwachköpfe am Ruder waren, welche glaubten, der „rocher de bronze“, der eberne Fels des preussischen Absolutismus, könne durch einige papierne Spielereien zerbröckelt werden — bekanntlich predigte man damals durch das ganze deutsche Vaterland: man solle sich nur Preußen anschließen, dies sei ein Uebergangsstadium, aus Preußen werde das einige, freie Deutschland werden.

Das Großpreussenthum ist heute noch, was es immer war: das Streben, den preussisch-brandenburgischen Staat in Deutschland groß zu machen; nur daß heute die wahre Natur dieses preussischen Staates offen und faßbar zu Tage liegt und daher jeder erkennt: daß gegen den Willen des absoluten Königthums, gegen das „persönliche Regiment“ der preussischen Könige eine papierne Verfassung nicht aufkommen kann, daß, mit Einem Wort, dieses Königreich Preußen, so lange es überhaupt besteht, das alte absolute Preußen bleibt, und daß an diesem dauernden Sachverhalt nicht dadurch etwas geändert werden kann, daß zeitweilig liberale Hanswürsten ihre papierne Hanswürstenkappe der Pöbelhaube überstülpen.

Hören wir übrigens nunmehr, wie die neueste „demokratische Trias-Idee“ empfohlen wird:*)

Man hat das Programm der Volkspartei, Coalition und Parlament der Mittelstaaten, eine Trias gegeben und dessen Ausführung für unmöglich erklärt. Die Trias ist die dreiföpfige Mißgeburt, von Professorenbüdel und Fürstendienererei im geschändeten Bette der Revolution gezeugt. Die Coalition der Mittelstaaten dagegen ist keine Trias (!); sie ist kein Endziel, sondern ein Anfangs-zweck, sondern ein Mittel; sie will nur einen ersten Kern bilden, um den sich die übrigen Stämme gruppieren können.

Wo soll denn hier noch ein Unterschied sein zwischen den Gothaern und Euch „Demokraten“?

Jene wollen sich an die preussische Regierung,

*) In dem bereits erwähnten Separatabdruck aus dem Stuttgarter „Beobachter“: „Ein Beitrag zur Lösung der deutschen Frage von Ludwig Pfau.“

Ihr wollt Euch an dreißig kleine Regierungen „anleihen.“

Dieselben, hundertmal erörterten, auch von Euch betonten Gründe gegen das Erste sprechen auch gegen das Zweite.

Die Reden vom „Uebergangsstadium“ hören wir da wie dort.

Die Stelle, welche hier stand, ist möglicher- weise von Herrn v. Bernuth missbilligt worden.

Aber fassen wir die Sache an ihrem Kernpunkt! Will man denn niemals die große Wahrheit erkennen: daß dieser dreißigfache Particularismus in Deutschland einer Anzahl ineinander greifender Räder gleicht, durch deren eines man indirect sämmtliche andere in Bewegung setzt. Werden preussische Particularismus in Deutschland nährt, der muß indirect, weil er das demselben entgegenstehende Element im österreichischen Particularismus zur Opposition reizt, auch zur Stärkung dieses österreichischen Particularismus beitragen. Wer bayrischen Particularismus zeigt, der reizt den württembergischen Particularismus u. s. f.

Dies angewandt auf unsern Fall ergibt: wer den mittel- und kleinstaatlichen Particularismus überhäupt nährt, der fördert den großstaatlichen (österreichischen und preussischen) Particularismus heraus.

Als Endergebniß stellt sich die Erkenntniß ein: daß über dieses dreißigfache Glied nur ein Element Herr werden kann, welches gänzlich außerhalb desselben und über demselben steht: — der deutsche Radicalismus.

Aber noch Eines, ehe wir schließen! Fühlt Ihr denn nicht, Ihr neumodischen Trias-Demokraten, daß Ihr, obzwar, was Particularismus betrifft, den traurigen Oethaern ganz gleich stehend, doch in einem Punkte noch tief unter ihnen steht?

Preußen ist doch wenigstens eine actionsfähige Macht — das Staatsgewürstel aber, mit dem Ihr es probiren wollt, ist, selbst wenn es den besten Willen hätte, schlechterdings actionsunfähig, zur unbedingten Ohnmacht mit innerer Nothwendigkeit verdammt.

Wer erkennen will, was die neueste „demokratische“ Triasidee auf sich hat, der lese nachstehende Aeußerung des „Deutschen Wochenblattes“:

Die Conföderation der Mittel- und Kleinstaaten kann nicht das Programm der Demokratie sein; aber es ist ein, aus unsern Reiben heraus dem Tage gemäß (!) gemachter Vorschlag; es ist das letzte Anerbieten des deutschen Volkes an seine Fürsten.

Man warf unseren Rednern*) vor, daß sie (für den vom Ausschuß ganz vergessenen Augustenburger) gleichzeitig die legitimistische und republikanische Fahne trügen.

Ja, wir sind Republikaner; aber trotzdem ist unser Vorschlag ein ehrlicher. Noch einmal ist es den deutschen Fürsten gezeihen, einen monarchischen Bundesstaat zu gründen. Wollen sie ihn, ohne oder gegen die Vormächte, wir werden sie unterstützen und das Volk anrufen!; wollen sie nicht, so haben sie ihre Thronerbschaft selbst erklärt. Die Gottheit werden sie nicht schätzen, sondern am ersten günstigen Tage an Preußen hinwerfen.

Also die letzte Rettung für die deutschen Fürsten!

Die Stelle, welche hier stand, ist möglicher- weise von Herrn v. Bernuth missbilligt worden.

„Monarchischer Bundesstaat!“ Daß nicht die ganze Nation während wird bei diesem Wort!

Deutschland.

* Berlin, 10. Oct. [Zur äußeren Politik Preußens] erhält sie von verschiedenen beachtenswerthen Seiten das Gerücht, daß ein innigeres Verhältniß zwischen Preußen und Frankreich, ein Zusammenwirken dieser beiden Mächte, angebahnt werde. Daß dabei für Deutschland, wenn die Nation sich nicht rechtzeitig ermannt, nichts

Gutes heraus kommen kann, ist selbstverständlich. Wie sich die Dinge aber auch zunächst gestalten mögen — wir haben ein zu großes Vertrauen auf die europäische Bewegungselemente, als daß wir die Zukunft allzu schwarz sehen könnten.

— [Schlecht oder gut gelaufen?] Wie die „Kreuztg.“ mittheilt, ist in der durch einen starken Verlag von Ritter- und Ränderromanen bekannten Verlagsbuchhandlung von G. Vasse in Quedlinburg eine Broschüre erschienen: „Lauenburg — Preussisch.“ Dieselbe weist nach: daß Preußen das Herzogthum um einen wohlfeilen Kaufpreis erworben habe. Der todtte Werth Lauenburgs betrage 6,298,600 Thlr., der lebendige, d. h. der nach dem wahren Werthe bemessene, 19,880,000 Thlr., zusammen in runder Summe 26 Millionen Thaler.

— [Das Buch „Armes Frankreich!“] von Rogeard, der bekanntlich vor Kurzem wegen dieses Buches aus Belgien ausgewiesen wurde, ist sowohl in Preußen wie in Sachsen verboten worden. Warum?

Hier stand eine Bemerkung, welche möglicher- weise von Herrn v. Bernuth missbilligt worden ist.

— [May] ist am Sonnabend in Altona angekommen, dort feierlich empfangen worden und hat sofort die Redaktion der „Schleswig-Holstein. Ztg.“ wieder übernommen. Sollte der Recurs, welchen der Oberstaatsanwalt, sogar, wie man hört, telegraphisch wegen seines in Perleberg zurückgewiesenen Antrages auf weitere Gefangenhaltung May's einlegte, nachträglich für begründet erachtet werden, so steht Herr May also einer Wiederholung jenes unthätigen Morgen-Besuches unverändert zu Gebote.

Wien, 9. Oct. [Zur Finanzverwaltung.] Sicherem Vernehmen nach steht ein „provisorisch gültiges“ Decret bevor, welches die Staatsschulden-Commission aus denselben Mitgliedern neu ernannt. So wenigstens wird der „Frankf. Post-Ztg.“ von hier telegraphirt. Aber die Sache ist überhaupt sehr gleichgültig. Wer soll denn noch Vertrauen zu irgend welchen Einrichtungen eines Staates haben, dessen Kaiser ganz einfach sein eigenes feierliches Kaiserwort ohne Weiteres wieder zurücknimmt, wenn es ihm paßt!?

Ausland.

* Paris, 8. Oct. [Tagesbericht.] Fast klingt es wie Fabel und doch wird heute stärker als je behauptet, daß einerseits Oesterreich und Italien über Venedig, andererseits die Vereinigten Staaten und das Kaiserthum Mexiko über die Monroe-Doctrin sich zu verständigen im Begriffe stehen. — Der ultramontane „Mond“, der seit dem Zerwürfniß des Kaisers May mit der römischen Curie so schlecht auf das neue Kaiserthum zu sprechen ist, wie er zuerst für dasselbe ins Feuer gegangen war, bringt die schredlichsten Dinge über die mexikanischen Zustände. Es heißt da:

Ein aus Mexiko kommender ehrwürdiger Vater (!) entwirft uns ein klägliches Bild von der politischen und kirchlichen Lage dieses Landes und sieht nur einen trüblichen Zukunft entgegen. Die Unversöhnlichkeit über Maximilian I. ist allgemein — da derselbe es sich angelegen sein zu lassen scheint, die Betrügnungen des Juarez fortzusetzen. Selbst die französischen Officiere sagen, daß, wenn man zu diesem Punkte gelangen sollte, es nicht der Mühe werth gewesen wäre, einen so losbaren und mörderischen Krieg zu führen. Der Jethum des Kaisers Maximilian besteht darin, daß er in einem wesentlich katholischen Lande die liberalen Grundsätze Europa's einführen will. Was in Frankreich etwa noch erträglich sein mag, kann Mexiko nicht zuzagen. Die Freimaurerlogen gedeihen dort vortreflich und der Kaiser scheint sie zu begünstigen. Die Religion dagegen leidet und das indiansche Volk erkaunt darüber, daß ein Nachkomme Karl's V. dem Glauben seiner Väter so wenig treu ist. Der Strom der Emigration richtet sich indessen auf das reiche Land, dem Industrie und Ackerbau so nothwendig sind.

Also sogar Beschützer der Freimaurerei ist der Bruder des Kaisers von Oesterreich! — Die Correspondance Havas meldet aus Berlin vom 5. Oct.: In politischen Kreisen wird viel von dem herzlichen Empfange gesprochen, der dem Grafen Bismarck bei Herrn Drouyn de Lhuys zu Tiel geworden. Die feudale Partei ist förmlich begeistert über den Erfolg des großen

Ministers — — — In Betreff Oesterreichs macht man sich in unserer politischen Welt keine Sorge mehr, da man zu gut weiß, daß es mit inneren Angelegenheiten zu viel zu thun hat, als daß es Preußens Bestrebungen ernstlich in den Weg treten könnte, und man begt noch ungleich weniger Besorgnisse vor den deutschen Mittelstaaten, seit man sich versichert hält, daß sie auf keine wirksame Stütze bei den Westmächten rechnen dürfen; das fürchtet man freilich, daß für diese ein neuer Bundesgenosse auftreten könnte, nämlich Rußland. In der That, trotz der großen Zurückhaltung, die Rußland bisher in der Herzogthümer-Frage beobachtet hat, steht es außer Zweifel, daß Fürst Gortschakow stets mit den Mächten dritter Classe in Verbindung blieb. Bei dem Nisunthe, mit welchem Rußland Preußen zu Wasser und zu Lande an Stärke annehmen sieht, ist es ganz natürlich, daß es den Versuch gemacht hat, den Mittelstaaten die Unterstützung anzubieten, die sie bei den Westmächten nicht fanden. Die Fabrik-Verbindungen des kaiserlichen Hauses mit den Höfen mehrerer Kleinstaaten bieten einen leichten Canal, um auf diese Höfe einzuwirken. Daß man in untern politischen Kreisen einige Besorgnisse dieser Art begt, steht außer Zweifel; auch wird versichert, daß die Mittelstaaten in der Herzogthümer-Frage einen Operationsplan entworfen haben, der sofort nach Wiedereröffnung der Bundestags-Sitzungen in Scene gesetzt werden wird.

— Die „Gazette de France“ hat heute bereits die zweite Verwarnung erhalten. Die erste erhielt sie am Freitag, weil sie auf ein Communiqué geantwortet hatte; sie erklärte hierauf, daß sie von nun an nie mehr eine Bemerkung zu einem Communiqué geben werde; diese Bemerkung zog ihr die zweite Verwarnung zu, die in der ministeriellen Verordnung folgender Maßen motivirt wird: „In Erwägung, daß, wenn die Regierung die Besprechung der Communiqué's unter der Bedingung gestattet, daß man in den Schranken einer ernsthaften und loyalen Polemik bleibt, sie eine derartige Straflosigkeit bei den Verwarnungen nicht bewilligen kann, welche die Autorität einer abgeurtheilten Sache haben und bewahren müssen.“ — Der „Asacien“ hat ebenfalls eine erste Verwarnung erhalten. — Der Prinz von Chimay hat den Director des Theater Francais auffordern lassen, in Zukunft „Madame Tallien“ nicht mehr zu geben. Madame Tallien war seine Großtante. Dieses erregt hier viele Heiterkeit.

London, 9. Oct. [Aus Asien und Amerika.] Reuter's Office hat Nachrichten aus Schanghai vom 4. September erhalten. In der westlichen Tartarei ist ein steigender Aufstand ausgebrochen; die Provinz M hat sich vom chinesischen Reiche losgerissen. Die Mienfer Insurgenten haben in drei Städten capitulirt; dem officiellen Bericht zufolge soll Obrist Burgevine ertrunken sein. — Aus Amerika wird berichtet: In einem Gerichtshofe zu Brooklyn bei New-York hat am 18. Sept. der erste Neger, der in Amerika je als Geschwornener zugelassen worden, auf der Jurybank gesessen. Den ganzen Tag saß der Schwarze da unter seinen weißen Kollegen, ohne daß irgend ein Einwand erhoben werden wäre. Wenige Tage vorher hatte Newhaven (Connecticut) einen ähnlichen Beweis geliefert, daß die sozialen Schranken zwischen den verschiedenfarbigen Racen dem Falle entgegengeben. Die in der genannten Stadt bestehende Universität nahm den ersten jungen Neger als ihren Schüler auf. — Die Lage der befreiten Neger in den Staaten des Südens bessert sich, obwohl noch hier und da Streitigkeiten vorkommen.

Kopenhagen, 9. Oct. [Zur Verfassungsfrage.] In der heute stattgehabten Sitzung des Folkethings des Reichsraths ist der Staatsgrundgesetzentwurf in noch mehr veränderter Fassung wieder dem Landsthing überwiesen worden. Der Reichspräsident erklärte, daß die Regierung dem so veränderten Entwurfe nicht beitreten könne.

* Italien. [Klöster. Parlamentsgebäude. Hübner und Bach. Zur Bewegung. Proceßion.] Der Minister des Cultus und der Justiz hat abermals die Räumung dreier Klöster, in Adina, Falerona und Acquaviva, verfügt und die Gebäulichkeiten den Gemeinden zu Schulzwecken überwiesen. Weitere Maßregeln dieser Art stehen noch bevor. — In Palazzo Vecchio und in den Uffizien ist man jetzt mit der Einrichtung der Lokaltäten für die beiden Häuser des Parlamentes so ziemlich zu Stande gekommen. Die Minister, Rattoli, Jacini, Torelli und Cortesi ha-

dition, sowie eise bei huet.

mmener Kapital

Sonn- Arbeit ist her- darin selt der et, son- m. H., et, daß liche sei; e sei im ererseits auptete, schäften werde ulze De- die der t da: sen der großer der nicht die über res Ge- fähig- Mit dem Einfüh- ers ge- statischer hum des en Weg rechtsum- er noch Sie zu elosier zu enen wit enen zu- der Na- t getha- die Ar- ne, das ist aber in stied bei dem mit ihrer wird die wig glei- er geist- lichen hin n Rich- ens und tbedun- neuen ge- wiederum t gebun- ei wird.“

*) Beim Abgeordnetentage.